

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 35/39
Telex: 08 86 846 pppn d



Inhalt

36. Jahrgang / 195

13. Oktober 1981

Hans Koschnick fordert anläßlich des Cancún-Gipfels, Brot zu den Menschen zu bringen: Hoffnung für viele. Seite 1

Axel Wernitz MdB unterstreicht die Notwendigkeit, daß der Staat tätig wird, bevor das Kind im Brunnen liegt: Sicherheitspolitik als Vorsorgeprinzip. Seite 2

Renate Schmidt MdB kritisiert die Märchen-Stunde des Norbert Blüm: Mit der Sprache des III. Reichs in eine neue Zeit. Seite 4

Egon Lutz MdB schreibt einen Nachtarock auf eine Oberbürgermeisterwahl: Nürnberg bleibt sozialdemokratisch. Seite 5

Nils Diederich MdB ermuntert die junge Generation zur Auseinandersetzung mit der DDR: Die deutsche Frage als Teil der Friedensordnung. Seite 6

Cancún: Hoffnung für viele

Brot zu den Menschen bringen

Von Hans Koschnick
Mitglied des SPD-Präsidiums
Bürgermeister der Freien Hansestadt Bremen

Vor wenigen Tagen haben über 200.000 Menschen in Bonn friedlich für den Frieden demonstriert. Sie fürchten eine zunehmende Konfrontation zwischen Ost und West, einen Konflikt, der im Krieg enden könnte und sie wollen den Frieden. Der Ost-West-Konflikt ist das beherrschende Thema der Stunde. Er bedrängt viele von uns bis zur Angst, weil wir mitten in ihm leben. Er ist uns so nahe, daß er einen anderen Konflikt aus dem Blickfeld rückt, der ebenso friedensbedrohend ist. Ich meine den Nord-Süd-Konflikt.

Der Nord-Süd-Konflikt wird nicht durch die Anhäufung von Waffen ausgelöst, sondern durch die Anhäufung sozialer Spannungen in der Welt. Das Problem Nord-Süd-Konflikt ist schon des öfteren angesprochen worden. Wegen des bevorstehenden Nord-Süd-Gipfeltreffens von Staats- und Regierungschefs aus 22 Ländern in Cancún greife ich es noch einmal auf. Cancún in Mexiko, in Ibero-Amerika gelegen, ist die Hoffnung vieler. Ausgelöst auch durch den Bericht der Brandt-Kommission soll dieses Gipfeltreffen der Beginn eines neuen Ansatzes im Nord-Süd-Dialog sein. Das Treffen wird die Konsequenz aus den Erkenntnissen der letzten Jahre ziehen, in denen eine zu starke Konfrontation zwischen den Industrieländern und den Entwicklungsländern stattgefunden hat. Ich bin sicher, daß der Versuch eines neuen Dialogs aufrichtig ist - nicht so sicher bin ich, wie erfolgreich er sein wird.

Wenn ich von der Vorgabe höre, die beispielsweise Präsident Reagan in seiner Rede anläßlich der Eröffnung der Weltwährungskonferenz in Washington Ende September zum Nord-Süd-Gipfel gemacht hat, dann nährt das bei mir Zweifel. Er räumt den Kräften des Marktes und der Eigeninitiative

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 812-1



der privaten Unternehmen Vorrang vor bloßen Hilfeleistungen an. Den entwicklungs- politischen Beitrag der Vereinigten Staaten sieht er in der von ihm erhofften Gesundung der nord-amerikanischen Wirtschaft durch das Festhalten an der Hochzinspolitik.

Immerhin, er hat sein Interesse am Nord-Süd-Gipfel unterstrichen. Die Sowjetunion hat sich bislang noch nicht einmal zur Teilnahme entschließen können, so als sei der Nord-Süd-Konflikt ein Problem zwischen westlichen Industrienationen und Entwicklungsländern und nicht auch Sache der kommunistischen Industriestaaten. Die Volksrepublik China übrigens wird auf dem Gipfeltreffen vertreten sein.

Um Mißverständnissen vorzubeugen: Auch ich halte privates Engagement und Eigeninitiative der Wirtschaft für einen unverzichtbaren Bestandteil der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern. Erst das Nebeneinander von öffentlicher Kapitalhilfe und privater Investition jedoch - das zeigen gelungene Entwicklungshilfeprojekte - führt zu erfolgreicher wirtschaftlicher Zusammenarbeit.

Die Vergangenheit zeigt aber auch etwas anderes: Die Not in den Entwicklungsländern steigt trotz der Hilfe aus vielen Ländern unaufhaltsam. Soziale und politische Unruhen sind die Folge. Das liegt nicht allein an der Verteuerung der Ölpreise, dem Verfall der Rohstoffpreise und der gegenwärtigen schwierigen wirtschaftlichen und inflationären Entwicklung. Das liegt auch an der Bevölkerungsexplosion im Süden. Punktuelle Programme helfen da wenig. Die Entwicklungshilfe muß meiner Meinung nach zukünftig gebündelt werden, die Industriestaaten dieser Welt müssen enger zusammenarbeiten. Sie sollten ein globales, ein multilaterales Konzept über die Entwicklungszusammenarbeit entwickeln. Ein Konzept, das die Entwicklungsländer in die Lage versetzt, nach anfänglicher Unterstützung sich selbst zu helfen.

Die Industrieländer haben in der Vergangenheit alle nur denkbaren Fehler gemacht, vom Export ihrer Vorstellungen von Industrie durch wenig nutzbringende und zudem teure Fabrikanlagen, bis zum Export von Ideologien, die ebenso wenig übertragbar waren. Das hat den Dialog gestört, der in Cancún wieder aufgenommen werden soll.

Wir müssen aber noch einen weiteren Fehler registrieren, der gemacht wurde. Wir haben unseren eigenen Landsleuten noch nicht deutlich machen können, daß der Nord-Süd-Konflikt sie ebenso berührt wie der Ost-West-Konflikt. Die Bevölkerung der Industriestaaten ist in Sachen Nord-Süd-Problem noch nicht konfliktfähig. Gewiß, an Aufklärungsversuchen hat es sicher nicht gefehlt, aber wirklich unter die Haut ist es bislang nur wenigen gegangen. Ich sehe an Autos gelegentlich einen freundlichen Aufkleber mit der Aufschrift "Ein Herz für Kinder". Er soll hoffentlich nicht nur für deutsche Kinder gelten. Das Nord-Süd-Problem für Kinder würde deutlicher durch einen Aufkleber mit der Aufschrift "Jede zweite Sekunde verhungert ein Kind unter fünf Jahren". Das sind 1.800 Kinder in der Stunde. Aber diesen Aufkleber gibt es nicht. Wir sind eben nicht konfliktfähig.

Dabei sollte man doch annehmen, daß wir alle offenen Auges durch unsere Straßen gehen. Die Spitze des uns möglicherweise versenkenden Eisbergs ist doch überall in Deutschland zu sehen. Am Ende dieses Monats werden sich die Ministerpräsidenten der Bundesländer mit dem Problem der Asylbewerber befassen. Wir wissen inzwischen, daß mehr als 90 Prozent derjenigen, die bei uns politisches Asyl begehren, vor den wirtschaftlichen Nöten in ihren Heimatländern flüchten und bei uns unter dem Vorwand politischer Verfolgung um Aufnahme bitten.



Dürfen wir den Flüchtlingen das vorwerfen? Sie ziehen ein zeitlich begrenztes Leben am Rande bundesrepublikanischer Existenz dem Dahinvegetieren in ihren Heimatländern vor. Wir können noch so viele Einschränkungen ersinnen, um ihnen den zeitweiligen Aufenthalt bei uns zu verleiden und sie von denen zu trennen, die wahrhaftig als politisch Verfolgte bei uns Asyl genießen sollen - immer noch leben sie bei uns besser als in ihren Heimatländern.

Eine Lösung auch des Wirtschaftsasylantenproblems ist langfristig nur durch Verbesserung der Lebensbedingungen in den Heimatländern möglich. Das Geld, das Länder und Gemeinden über die Sozialhilfe für diese Flüchtlinge aufwenden - es geht um einen Milliarden-Betrag -, ist mit Sicherheit im Herkunftsland der Asylanten besser angelegt. Wir werden uns also auf der nächsten Ministerpräsidentenkonferenz wiederum mit Mechanismen befassen müssen, die es Wirtschaftsasylanten erschweren, zu uns zu kommen. Und dabei wissen wir alle sehr genau, daß die Lösung des Problems sehr nahe liegt. Es gilt, nicht Menschen mit Brot zu locken, sondern das Brot zu den Menschen zu bringen. In Anbetracht der rapiden Abwärtsentwicklung in manchen Entwicklungsländern geht es eben heute nicht mehr darum, Maschinen zu den Menschen zu bringen, ein Beitrag, den private Investoren durchaus mit Gewinn leisten könnten. Heute geht es um das Brot. Und Brot bringt meistens wenig Gewinn. Auch deshalb kann für mich private Initiative nur neben öffentlicher Hilfe stehen.

Der brasilianische Erzbischof Dom Helder Camara hat vor zwei Jahren in der Universität Bremen eine bedrückende Rede gehalten, in der er sagte: "Sehen Sie, in 20 Jahren werden wir das 3. Jahrtausend einläuten oder - wenn Sie wollen - den 2.000 Geburtstag Jesu Christi feiern. Da kann es nicht angehen, daß wir in das 3. Jahrtausend den Skandal mithineinschleppen, der heute noch existiert, daß nämlich zwei Drittel der Menschheit in untermenschlichen Bedingungen leben, während ein Drittel zu Lasten dieser Menschen lebt. Dabei ist anzumerken, daß dieses eine Drittel der reichen Menschen wenigstens seiner Tradition und seinem Namen nach sich christlich nennt, wohingegen die anderen zwei Drittel - und ich bin ein Repräsentant dieser zwei Drittel - aus dem christlichen Teil dieser unterentwickelten Welt auf die Christen schauen und die Frage stellen, auf welcher Seite denn dieser Christus stehe."

Cancún in Mexiko, in Ibero-Amerika gelegen, ist die Hoffnung vieler.

(-/13.10.1981/ks/ca)

+ + +



Sicherheitspolitik als Vorsorgeprinzip

Der Staat muß tätig werden, bevor das Kind im Brunnen liegt

Von Dr. Axel Wernitz MdB

Vorsitzender des Bundestagsinnenausschusses

Ausgangspunkt dieser Überlegungen zum Sicherheitsbegriff sind drei Feststellungen beziehungsweise Beobachtungen, die weithin unumstritten sind:

1. Parallel zu der immer schneller zunehmenden Komplexität moderner Industriegesellschaften nimmt das Bedürfnis nach individueller wie nach kollektiver Sicherheit immer stärker zu.
2. Der Begriff der Sicherheit besitzt einen hohen Stellenwert sowohl im persönlichen Bereich als auch in der öffentlichen Diskussion.
3. Wesentliche Politikbereiche, wie beispielsweise diejenigen der Außen-, Innen- und Sozialpolitik sind vom Begriff der Sicherheit geprägt.

Wie stark der Begriff der Sicherheit den Bereich der Innenpolitik auf Bundesebene prägt, wird deutlich, wenn man den Begriff der Inneren Sicherheit nicht nur mit Begriffen wie Schutz vor Gewalt und Kriminalität, Staatsschutz, Verfassungsschutz (insbesondere Schutz vor politischem Extremismus) und Schutz vor Terrorismus assoziiert. Erst dann, wenn man Innere Sicherheit unter einem weitergefaßten Blickwinkel sieht, und zwar als Gewährleistung von Sicherheit durch den Schutz des Freiheits- und Lebensraumes des einzelnen, wird deutlich, in welchem Ausmaß die Innenpolitik vom Begriff "Sicherheit" im Sinne einer weitreichenden Schutzpolitik geprägt ist.

Ziel dieser Schutzpolitik ist es und kann es nur sein, die Sicherung von Rechtsgütern des einzelnen wie Leben, Gesundheit und Freiheit sowie die Erhaltung der demokratischen Grundordnung unseres Staates zu gewährleisten. Somit muß Innenpolitik heute zum überwiegenden Teil als umfassende Schutz- und Sicherheitspolitik verstanden werden, nicht nur gegenüber der Bedrohung des Staates und seiner Bürger durch Gewalt und Kriminalität, Terrorismus und politischem Extremismus, sondern auch als Schutz vor der Gefahr, die aus einer rasanten Entwicklung im technologischen und naturwissenschaftlichen Bereich entsteht und auch vor der Bedrohung, die von außen auf unseren Staat einwirkt (Zivilschutz, Bundesgrenzschutz).

Die Erfüllung derartiger Schutzaufgaben kann grundsätzlich auf zweierlei Weise erfolgen:

1. durch eine Reaktion auf Bedrohungen, Gefahren und eingetretene Negativentwicklungen oder
2. durch eine gezielte Vorsorge zur Verhinderung von Negativentwicklungen, die schon heute versucht, die Gefahren von morgen zu erkennen und ihnen wirksam zu begegnen.

Die bisherige Entwicklung vor allem im Bereich neu entstandener Aufgabenfelder lag zunächst immer in der Schaffung eines Instrumentariums zur Beseitigung von Schäden, während nach Abschluß dieser Phasen jeweils immer stärker eine umfassende Orientierung



am Vorsorgeprinzip in den Vordergrund rückte. Diese Entwicklung zeigt sich beispielsweise im Bereich des Umweltschutzes, stellt sich ähnlich aber auch im Bereich des Terrorismus, des politischen Extremismus und der Kriminalitätsbekämpfung dar, wenn negative Entwicklungen auf diesem Sektor plötzlich unverhoffte Ausmaße annehmen.

Für den Bereich der Schutzaufgaben gilt der Grundsatz, daß es - wie die Vergangenheit gezeigt hat - nicht genügt, auf gesellschaftliche Abwehrmechanismen zu vertrauen, sondern hier muß der Staat steuernd und regulierend zum Schutze des Bürgers eingreifen. Will man insoweit nicht nur Schäden beseitigen - letztlich Flickschusterei betreiben - dann muß eine gezielte und umfassende Vorsorgepolitik in Angriff genommen und konsequent auf allen Gebieten durchgeführt werden. Vorsorgepolitik ist und bleibt im Bereich der Erfüllung von Schutzaufgaben die von der Sache her erfolgreichste Politik. Ihr muß daher unser aller Mühen gelten. Eine derartige Forderung muß vor allem auch in einer Zeit des knappen Geldes deutlich erhoben werden.

Eine am Vorsorgeprinzip orientierte Politik ist allerdings für Politiker und Verwaltung unter Profilierungsgesichtspunkten der undankbarere Weg. Sie kostet sehr viel Geld, insofern als gewaltige Anstrengungen zur Erweiterung des vorbeugenden Wissens unternommen werden müssen (sowohl beispielsweise im technologischen Bereich als auch auf dem Sektor der Inneren Sicherheit im engeren Sinne). Wenn sie erfolgreich ist, das heißt keine oder nur geringe Schäden entstehen oder wenn Negativentwicklungen und Bedrohungen nur deswegen verhindert werden, weil das energetische Potential, das nur Vorsorge eingesetzt wird, dies bedingt, dann entsteht in der öffentlichen Meinung leicht der Vorwurf eines zu kostenintensiven Tätigwerdens des Staates. Das heißt dem Staat, der Verwaltung, dem Politiker werden zu umfangreiche und unnötige Ausgaben vorgeworfen, ohne daß der Erfolg seiner Politik hinreichend erkannt, geschweige denn honoriert würde.

Wesentlich mehr Unterstützung in der öffentlichen Meinung findet die Bereitstellung umfangreicher finanzieller Mittel dann, wenn bereits Negativentwicklungen oder gar Schäden in erheblichem Ausmaß eingetreten sind. Wenn es dann noch gelingt, relativ kurzfristig die eingetretene Entwicklung zu stoppen, wird dies den verantwortlichen Politikern unter dem Beifall der Öffentlichkeit hoch angerechnet, auch wenn letztlich eine von Anfang an gezielte Vorsorgestrategie im Endeffekt erheblich billiger gewesen wäre und weniger Schaden für die Bürger in das Gemeinwesen mit sich gebracht hätte.

Verantwortungsvolle Innenpolitiker müssen jedoch im Dienst der Sache trotz der damit verbundenen Unpopularität konsequent eine Vorsorgepolitik zum Schutz der Bürger unseres Landes und der Gewährleistung ihrer Sicherheit betreiben. Wesentlich wird es dabei mit darauf ankommen, die Öffentlichkeit von der Notwendigkeit der damit verbundenen Aktivitäten und Mitteleinsätze zu überzeugen. (-/13.10.1981/vo-he/ca)

+

+

+



Die Märchenstunde des Norbert Blüm

Mit der Sprache des 3. Reichs in eine neue Zeit

Von Renate Schmidt MdB

Mitglied im Bundestagsausschuß für Jugend, Familie, Gesundheit

Während aller Augen und Ohren gebannt auf den Verlauf der Friedensdemonstration in Bonn gerichtet waren, vollzog sich in Mannheim ein innerparteilicher Wandel der CDU, der auf seine Art ebenso einmalig ist wie die Bonner Kundgebung.

Der ehemalige sozialpolitische Sprecher der Unionsfraktion im Bundestag, Norbert Blüm, legte ein wohl einmaliges Programm zur "Konsolidierung" des Arbeitsmarktes vor. Die Essenz: Wenn Arbeitsplätze knapp sind, dann gehen halt alle Frauen zurück an Heim und Herd, die Entlastung für die Männer liegt auf der Hand.

Die Leitsätze über "Die sanfte Macht der Familie" sind ein einzigartiger Schlag gegen alle Bestrebungen, den Frauen ein Stück mehr Gleichberechtigung und Selbstverwirklichung zu verschaffen. Was für ein Rollenverständnis muß Herr Blüm haben, wenn schon die eigenen CDA-Frauen den Aufstand proben.

Der CDA-Vorsitzende schwelgt in weiten Teilen seines Papiers im Vokabular von Wilhelm Hauff. Die Frau sei "die erwählte einer neuen Zeit" und diese Zeit müsse "im Gewand der Mütterlichkeit" daherkommen. Geprägt sei dieses familienpolitische Schlaraffenland von "Liebe, Natürlichkeit, Treue, Hüten, Verzicht und Vorsorge".

Wen wundert's, daß ihm selbst engagierte CDU-Frauen die Sprache des 3. Reiches vorwerfen.

Blüm hat die Idee der Partnerfamilie als "kalt und abgelutscht" bezeichnet. Er nennt die gegenwärtigen Bemühungen in der Arbeitswelt, ein Stück mehr an Gleichheit zu schaffen, ein falsches Humanisierungsbemühen.

Damit stehen CDU und CDA im diametralen Gegensatz zur familienpolitischen Konzeption der Sozialdemokraten. Für uns gilt weiterhin:

- Nur über eine Gleichbehandlung am Arbeitsplatz als der Ort menschlicher Kommunikation kann wirkliche Partnerschaft entstehen.
- Nur in einer partnerschaftlich geführten Familie kann das Rollenverständnis der 50er Jahre revidiert werden. Nur so kann langfristig der längst überfällige Erziehungswandel herbeigeführt werden.
- Ohne die Einbeziehung der Männer/Väter in diesen Wandlungsprozeß ist eine Konzeption schon jetzt zum Scheitern verurteilt.

Daß dies die Sache der Partner bleiben muß, wird niemand bestreiten. Ebenso wird niemand bestreiten, daß das Bild der Frau zurechtgerückt werden muß. Wer hier nach Lösungen sucht, hat die Sozialdemokraten auf seiner Seite. Nur darf die CDU mit diesen Tönen aus der Zeit der Romantik nicht nach Partnern im 20. Jahrhundert Ausschau halten.

Die blaue Blume der Emanzipation gibt es nicht.

(-/13.10.1981/hf/ca)



Nürnberg bleibt sozialdemokratisch

Nachtarock zu einer Oberbürgermeisterwahl

Von Egon Lutz MdB

Erfolgserlebnisse sind für Sozialdemokraten selten geworden. Am Wochenende gab's eins: Die Nürnberger wählten mit dem stattlichen Ergebnis von 53,7 Prozent den dienstältesten Oberbürgermeister der Bundesrepublik Deutschland für eine weitere sechsjährige Amtsperiode. Der CSU-Herausforderer - von einer Werbeagentur miserabel beraten - hatte in der Schlußphase des Wahlkampfes versucht, den bundespolitischen Trend für sich zu nutzen. Der Trend blieb aus. Der Kandidat fiel durch. Die zweitgrößte Stadt Bayerns bleibt sozialdemokratisch.

Die Nürnberger sind sehr realistische Leute. Und deshalb kommt auch keinem in den Sinn, aus der Sonntags-Wahl die Heimkehr des "Genossen Trend" zu den Sozialdemokraten herauszulesen. Eines aber verzeichnen die Genossen mit Genugtuung: Es lohnt sich noch, wahlzukämpfen. Ein Sozialdemokrat muß nicht in Trübsal ertrinken.

Freilich, es muß einiges zusammenkommen, damit die Endrechnung stimmt. Man muß einen Kandidaten haben, der die Bürger überzeugt. Man muß eine Partei haben, die von rechts bis links geschlossen ein Ziel ansteuert. Und man muß eine Bürgerschaft haben, die bei allem Unmut die positiven Seiten sozialdemokratischen Handelns würdigt.

Für Bayern hat der Wahlsonntag exemplarische Bedeutung. Weit über eine halbe Million Mark hat die CSU investiert, um die letzte große rote Hochburg zu kippen. Die Investition hat sich offensichtlich nicht gelohnt.

In Nürnberg ticken die Uhren richtig. Und das ist wiederum unerläßliche Voraussetzung für den nächsten Wahlgang. Bei dem es darum geht, einen neuen Landtag zu wählen.

(-/13.10.1981/ks/ca)

+ + +



Die deutsche Frage als Teil der Friedensordnung

Die junge Generation zur Auseinandersetzung mit der DDR ermuntert

Von Professor Dr. Nils Diederich MdB

Stellvertretendes Mitglied des Bundestagsausschusses für innerdeutsche Beziehungen

Die politischen Ereignisse der vergangenen Woche haben die Aufmerksamkeit von einer öffentlichen Anhörung des Ausschusses für innerdeutsche Beziehungen zu den Perspektiven der deutschlandpolitischen Bildung abgelenkt. Dabei ist dieses Thema von zentraler Bedeutung für die Bewußtseinsbildung der Deutschen und damit der Zukunft der deutschen Nation.

Das Ziel der Anhörung war, ein Bild des gegenwärtigen Zustandes zu erarbeiten und realisierbare Schritte für eine künftige Deutschlandpolitik aufzuzeigen. Denn je länger die Teilung Deutschlands dauert, desto dringlicher wird die Aufgabe, die Einheit Deutschlands aus der geschichtlichen Entwicklung in der Vergangenheit rational zu begründen.

Angehört wurden Wissenschaftler und Experten, die sich mit den Problemen der Geschichtswissenschaft und der Bildung in beiden deutschen Staaten befassen. Was man aus der Anhörung lernen konnte, war, daß das Bewußtsein der deutschen Einheit zurückzutreten droht hinter den Alltagsdruck der selbständigen Entwicklung in den beiden deutschen Staaten mit den so grundlegend unterschiedlichen Gesellschaftssystemen.

Es wurde in der Anhörung sehr deutlich, daß die Deutschen ihre Einheit und ihre staatliche Integrität schon frühzeitig verspielt haben. Die Ursachen liegen nicht erst bei 1945 oder 1939, sondern bei 1933; und es kommen sogar Zweifel auf, ob nicht bereits das Bismarck-Reich den Keim des Auseinanderbrechens in sich getragen hat. Wenn man aber diesen Überlegungen folgt, dann kann die Schlußfolgerung nur sein, daß die Forderung nach "Wiedervereinigung" oder einem einfachen Zusammenschluß der beiden deutschen Staaten eher die Lösung des deutschen Problems blockiert. Deutschland muß sich einfügen in die Entwicklung einer europäischen Friedensordnung, die auch eine innere Liberalisierung der DDR möglich macht und die trotz Nebeneinanderlebens verschiedener gesellschaftlicher Systeme eine hohe Durchlässigkeit erlaubt.

Wer aber davon spricht, man müsse die deutsche Frage offenhalten, der muß auch klarmachen, daß es in der praktischen Politik, aber auch in der Vermittlung wissenschaftlicher Erkenntnisse, das heißt in der politischen Bildungsarbeit, darauf ankommt, die deutsche Geschichte durchschaubar zu machen und einen rationalen Umgang mit der deutschen Frage sichtbar und erlebbar zu machen. Und dies heißt auch, daß vor allem die junge Generation ermuntert werden muß, sich mit dem Gesellschaftssystem und den Menschen in der DDR auseinanderzusetzen.

(-/13.10.1981/va-he/ca)

